

Katholischer Frauenverband: Schwangerschaftsabbrüche müssen auch in katholischen Krankenhäusern möglich sein

Von:

Ralf Nestmeyer

15. JUN 2026

Schlagworte:

Katholische Kirche, Schwangerschaftsabbruch, Abtreibung, Krankenhaus, Selbstbestimmung, Frauen

Kommentare: 3



Foto: © Evelin Frerk

Bühne bei der Demo vor dem "Christlichen Krankenhaus Lippstadt" mit Joachim Volz (rechts) und seinen Unterstützern (August 2025).

Schwangerschaftsabbrüche sollen künftig auch in katholischen Krankenhäusern möglich sein. Damit stellt sich einer der größten katholischen Verbände Deutschlands offen gegen die starre Haltung der Kirchenleitung.

Beim Thema Schwangerschaftsabbruch vertreten die katholische Kirche und insbesondere ihre Würdenträger seit Jahrzehnten eine rigorose Position. Unter dem Schlagwort "Lebensschutz" lehnen sie Abtreibungen grundsätzlich ab. Über ihren politischen Einfluss auf

CDU und CSU wirkt die Kirche zudem auf die Gesetzgebung ein und trägt dazu bei, dass eine Abschaffung des Paragraphen 218 Strafgesetzbuch weiterhin blockiert wird, obwohl eine große Mehrheit der Bevölkerung eine Legalisierung befürwortet. Hinzu kommt, dass in vielen Krankenhäusern mit katholischer Trägerschaft Schwangerschaftsabbrüche nicht durchgeführt werden dürfen. Welche Folgen dies für die medizinische Versorgung hat, zeigte zuletzt der Fall des Gynäkologen Joachim Volz.

Vor diesem Hintergrund ist der Beschluss der *Katholischen Frauengemeinschaft (kfd)* von besonderer Bedeutung. Auf ihrer Bundesversammlung im Juni 2026 forderten die Delegierten ausdrücklich, "dass Schwangerschaftsabbrüche auch in katholischen Krankenhäusern möglich sein müssen". Die *kfd* ist kein Splitterverein, sondern nach eigenen Angaben mit rund 265.000 Mitgliedern der größte katholische Frauenverband Deutschlands. Die Position der *kfd* macht deutlich, dass viele katholische Frauen die bisherige Linie der Kirchenleitung nicht länger mittragen.

Selbstbestimmung statt Bevormundung

Das Positionspapier "Zwischen Lebensschutz und Selbstbestimmung: Positionen und Perspektiven der *kfd* zu § 218 StGB" stellt die Selbstbestimmung der Frau und ihre Freiheitsrechte in den Mittelpunkt. Die Autorinnen heben hervor, dass Frauen in Schwangerschaftskonflikten weder gesellschaftlich, medizinisch, partnerschaftlich noch kirchlich allein gelassen werden dürfen. Der Text, der auch online zu lesen ist, macht auch deutlich, wie sehr Frauen in Deutschland unter der derzeitigen Situation und Gesetzeslage leiden.

*"Eine flächendeckende medizinische (und gegebenenfalls psychologische) Versorgung hinsichtlich eines Schwangerschaftsabbruches ist in Deutschland nicht gewährleistet. Immer weniger Ärzt*innen bieten Schwangerschaftsabbrüche an, insbesondere im ländlichen Raum fehlen (gut erreichbare) Versorgungsangebote, vor allem in westlichen und südlichen Bundesländern. Diese Versorgungslücke gefährdet die körperliche und seelische Gesundheit ungewollt Schwangerer und muss dringend geschlossen werden."*

Der katholische Frauenverband leitet aus dieser Analyse eine klare Forderung ab:

*"Die *kfd* fordert, dass Schwangerschaftsabbrüche auch in katholischen Krankenhäusern möglich sein müssen. Es braucht klare politische und institutionelle Rahmenbedingungen, um die ärztliche Versorgung beim Schwangerschaftsabbruch flächendeckend sicherzustellen und Diskriminierung sowie Stigmatisierung im Gesundheitswesen abzubauen. Ebenso wichtig ist die Zusicherung der Kostenübernahme durch die Krankenkasse bei Schwangerschaftsabbrüchen."*

Die Zahl der Praxen und Kliniken, die in Deutschland Schwangerschaftsabbrüche durchführen, geht seit Jahren zurück. Diese Entwicklung ist alarmierend und genau hier setzt die Forderung an, denn ein Rechtsanspruch verliert seinen Wert, wenn die notwendige medizinische Versorgung faktisch nicht mehr möglich ist.

Der Beschluss der *kfd* zeigt, dass selbst innerhalb der katholischen Kirche die Bereitschaft wächst, die Realität anzuerkennen. Während Papst Leo XIV. noch vor wenigen Monaten behauptete, Abtreibungen würden den Frieden zerstören, machen katholische Frauen auf ein sehr viel konkreteres Problem aufmerksam: den Mangel an medizinischer Versorgung und die Einschränkung weiblicher Selbstbestimmung. Nicht die Möglichkeit eines Schwangerschaftsabbruchs gefährdet den gesellschaftlichen Frieden, sondern der Versuch, Frauen aus religiösen Gründen den Zugang zu einer legalen medizinischen Leistung zu erschweren.

UNTERSTÜTZEN SIE UNS BEI STEADY



3 Kommentare

Netiquette für Kommentare

G.B. am 15. Juni 2026 - 14:43

Wieso gibt es eigentlich konfessionelle Krankenhäuser? das ist mir eh ein Rätsel, wohin sollen da Atheisten gehen wenn diese einmal in ein Krankenhaus müssen? Da der Trent der Religionsfreiheit unaufhaltsam gegen Null geht und ein Krankenhaus kein Ort für Religion sein sollte sonder um Kranke zu heilen, ist ein Konfessionelles Krankenhaus m.E. nur ein Geldgenerator für die Geldgierigen Kirchen.

A.S. am 15. Juni 2026 - 15:36

Diese Frauen meinen tatsächlich, die Kirche ließe sich von innen heraus verändern.

Welch ein Irrtum!

Ds einzige, was wirkt, sind Austritt und der Entzug staatlicher Gelder.

Aber so lange sich die Deutschen von Kirchen-Sklaven in der Regierung an der Nase herumführen lassen, bleibt alles beim Alten.

PJ am 16. Juni 2026 - 8:21

Vielen Dank für diesen wunderbaren Beitrag.

Ein ganz starkes, mutiges und in Teilen revolutionäres Zeichen des Katholischen Frauenverbands.

Unsere Mitbürgerinnen erkennen die Realität an:

Die Frauen entscheiden einzig und allein über ihren Körper. Da darf und soll kein alter, weißer Mann im Vatikan oder in irgendeiner schäbigen Dorfkirche darüber bestimmen. Alleine die moralische Aufladung mit Begriffen wie "Mord" ist sowas von fu**** grenzüberschreitend und verwerflich allen Frauen gegenüber.

Umso besser, dass dieser Verband dagegen aufbegehrt und den Status Quo und die katholischen Narrative in Frage stellt.

ÜBER DEN AUTOR

Ralf Nestmeyer Der Autor ist Historiker und Schriftsteller (zu seiner Website geht es [hier](#)). Er hat zahlreiche Reiseführer, Sachbücher und Krimis geschrieben und gehört zu den Gründungsmitgliedern von *PEN Berlin*.

TRÄGERVEREIN



[Verwandte Artikel weiterlesen](#)

RELIGIONEN

5. Feb 2026



Kommentar

Papst Leo XIV.: Abtreibungen zerstören den Frieden

Papst Leo XIV. hat den "Zerstörer des Friedens" identifiziert. Gemeint ist nicht Wladimir Putin, nicht das Leid in Gaza, Syrien oder im Iran – sondern der Schwangerschaftsabbruch. Mit drastischer Sprache greift das Oberhaupt der katholischen Kirche erneut ein Thema auf, das für ihn offenbar höher rangiert als reale Kriege, autoritäre Gewalt und millionenfaches menschliches Elend. [Mehr →](#)

Von Ralf Nestmeyer

69

GESUNDHEIT

19. Nov 2025



Zur Fusion der Flensburger Kliniken und ihren verhängnisvollen Folgen für das Recht auf Abtreibung Wenn der Papst über Frauen entscheidet

Das katholische Malteser Krankenhaus St. Franziskus-Hospital in Flensburg und das Evangelische

Diakonissenkrankenhaus (DIAKO) schließen sich aus wirtschaftlichen Gründen – getrieben von einem gewinnorientiert ausgerichteten Krankenhaussystem – unter dem Namen "Fördeklínium Katharinen-Hospital" zusammen. Der Neubau am Standort Peelwatt soll 2030 bezogen werden. Was nach Modernisierung und Effizienz klingt, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als folgenschwerer Rückschritt. [Mehr →](#)

Von Karl-Helmut Lechner

GESUNDHEIT

2. Jun 2025



Beim Rechtsstreit des Gynäkologen Joachim Volz mit einem christlichen Krankenhausträger geht es um zentrale Grundrechte

"Im Konfliktfall entscheide ich mich für die Gesundheit der Frauen – und gegen die Dogmen der Kirche"

Das "christliche Krankenhaus" Lippstadt untersagt dem Leiter der dortigen Frauenklinik, Prof. Dr. Joachim Volz, medizinisch notwendige Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen, doch der Arzt leistet Widerstand, um Frauen in Notlagen weiterhin helfen zu können. Sein Rechtsfall könnte viele "Selbstverständlichkeiten" in Frage stellen – nicht nur das kirchliche Arbeitsrecht, sondern auch die Rolle konfessioneller Träger in der Wohlfahrtspflege sowie die gesetzlichen Bestimmungen zum Schwangerschaftsabbruch und zur Fortpflanzungsmedizin. [Mehr →](#)

Von Giordano-Bruno-Stiftung

🔒 8

RELIGIONEN

17. Apr 2024





So geht Menschenwürde – sagt der Vatikan

Die aktuelle Erklärung des Vatikan mit dem Titel "Dignitas Infinita" (Unendliche Würde) will den weltweit 1,4 Milliarden Katholiken eine Richtschnur geben, wie sie beim Thema Menschenwürde denken sollen. Wenn sich die rund 21 Millionen deutschen Katholiken daran ein Vorbild nehmen, werden sie in wichtigen politisch-gesellschaftlichen Feldern keinen leichten Stand haben. Es geht um die auch hierzulande hochaktuellen Themen Abtreibung, Leihmutterschaft, Sterbehilfe oder sexuelle Selbstbestimmung. [Mehr →](#)

Von Peter Kurz

14

GESUNDHEIT

3. Dez 2020 



Zur "Fakten Helfen"-Petition

Aufweichen der Fristenlösung durch die Hintertür

Die von der Bischofskonferenz gesteuerte Petition "Fakten Helfen" wird heute im parlamentarischen Ausschuss behandelt. Doch diese ignoriert die jahrzehntelang gesammelten Daten zum Schwangerschaftsabbruch in Österreich und in anderen Ländern sowie die zahlreichen bereits vorhandenen Fachpublikationen in diesem Bereich. [Mehr →](#)

Von Jakob Purkarthofer

1